

Editorial

## Der gefährliche Grössenwahn der Schweizer Politiker

«Intelligenz schützt vor Dummheit nicht und Alter nicht vor Torheit.» Der Spruch kommt einem in den Sinn, wenn sich Parlamentarier und Wirtschaftskapitäne auszurechnen beginnen, wie man von den Boykotten der EU und der USA gegen Russland profitieren könnte – dann hat, mit Verlaub, der Verstand ausgesetzt. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die Vorfälle rund um die Ukraine wirklich so klar in Gut und Böse einzuordnen sind, wie dies der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves darstellt. Aber sich wegen ein paar Kilo Käse gleich mit allen Mächtigen anzulegen – den USA, der Nato und der EU –, ist schlicht

### «Die goldenen Zeiten der Umgehungsgeschäfte sind vorbei»

Grössenwahn. Ein bisschen Demut vor den Osteuropäern, die die Russen 45 Jahre lang als Herren ertragen mussten, wäre angebracht. Immerhin haben diese Länder ihre Freiheit hart erkämpft und in den letzten Jahren mit grossen Opfern ihre Wirtschaft saniert. Anzunehmen, Polen oder Finnern gefallen lassen, dass sie ihre Joghurts und Gurken selber essen müssen und dafür die Schweizer Bauern in Russland Geld verdienen dürfen, ist reichlich naiv. Vor allem, nachdem man die EU mit der Masseneinwanderungsinitiative tüchtig verärgert hat.

**Im Moment ist ohnehin eine kollektive Häufung** von übersteigertem Selbstbewusstsein und Stammischpatriotismus festzustellen. Bundespräsident Didier Burkhalter glaubt allen Ernstes, als Vermittler in einem Konflikt der Grossmächte auftreten zu können. Dazu fehlt ihm auch als OSZE-Vorsitzender schlicht die Macht, ohne die man Streithähne nicht zu Konzessionen zwingen kann. Die SVP will nur noch Flüchtlinge in der Schweiz aufnehmen, die mit dem Flugzeug oder dem Helikopter einfliegen, den Rest der ungebetenen Gäste überlässt man den Italienern. Die Entwicklungshilfe will man auch gleich noch um die Hälfte kürzen – sollen doch die anderen zahlen. Und die verängstigten Mittelparteien CVP und FDP machen alles mit aus Angst, bei den nächsten Wahlen zu verlieren.

**Bei all dem vergessen wir, dass wir auf Nachbarn angewiesen sind**, die viel stärker sind als wir. Wir sind nicht mehr in den 80er-Jahren, als es sich die Schweiz erlauben konnte, Swissair-Flieger mit südafrikanischem Gold zu füllen und damit ein gewaltiges Geschäft zu machen. Das sind die goldenen Zeiten, von denen Christoph Blochers Entourage bei der SVP und ein Teil der Wirtschaft immer noch träumen. Doch die Amerikaner setzen heute ihre Sanktionen weltweit gnadenlos durch. Das hat die CS erfahren, als sie 500 Millionen Franken Busse zahlen musste, und das hat die BNP erfahren, als ihre illegalen Geschäfte mit dem Iran bekannt wurden, die auch über die Schweiz liefen. In solchen Fällen sollte man heute lieber auf einen zusätzlichen Franken Gewinn verzichten. Aber wie heisst es doch: Intelligenz schützt vor Dummheit nicht.

Arthur Rutishauser, Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch  
www.facebook.com/sonntagszeitung

- Leserangebot — 20
- Rätsel — 51
- Ferien — 61
- Reisen — 61
- Impressum — 18
- Immobilien Kauf — 36
- Immobilien Miete — 36
- Kino — 60
- Veranstaltungen — 60
- Bildung und Kurse — 61

**Streit um die Europafrage**  
Der russlandfreundliche Präsident **Wiktor Janukowitsch** verhandelt mit der EU über ein neues Assoziierungsabkommen. Russland fürchtet, dass die Ukraine sich dem Westen zuwendet, und versucht die Verhandlungen zu torpedieren.

21. November 2013



Präsident Janukowitsch lehnt ein Assoziierungsabkommen mit der EU ab. Auf dem **Maidan** in Kiew beginnen die Demonstrationen.

Dezember 2013

Die Demonstrationen weiten sich aus. Auf den **Maidan** kommen bis zu **800 000 Menschen**. Im ganzen Land werden Regierungsgebäude besetzt. Russland solidarisiert sich mit der Regierung, der Westen unterstützt die Demonstranten.

17. Dezember 2013

**Wladimir Putin** (r.) offeriert **Janukowitsch**, dass er für 15 Milliarden Dollar ukrainische Staatsschulden kauft und die Gaspreise massiv reduziert.



Ukraine-Krise – was bisher geschah

# «Der Neutralitätsbegriff

## Estlands Präsident Toomas Hendrik Ilves wirft der Schweiz vor, sich

Barnaby Skinner

**In der Ostukraine ist noch immer von Krise oder Konflikt die Rede, nicht von Krieg. Wie weit weg sind wir in von einem Krieg?**

Es ist klar, dass russische Truppen und russisches Kriegsmaterial bereits in der Ostukraine im Einsatz sind. Die Russen finden zwar alle möglichen Entschuldigungen dafür, den Ereignissen einen anderen Namen zu geben. Es ist von Hybridkrieg die Rede, was auch immer das sein soll. Ich nehme eine «Clauzewitzian position» ein: In der Ukraine werden politische Ziele mit kriegerischen Mitteln erreicht. **Könnte sich der Konflikt auf andere osteuropäische Staaten ausweiten?**

Ich höre viel Kriegsgeschrei. Sowohl in russischen als auch in westlichen Medien. Ein hoher russischer Offizieller liess sich anonym kürzlich gar damit zitieren, dass die Auswirkungen der von Europa und Russland verhängten Wirtschaftssanktionen egal seien: Der Krieg komme ohnehin. Das ist beängstigend. Die aktuelle Situation weckt Erinnerungen an das Kriegsgeschrei vor 100 Jahren vor dem Ausbruch des 1. Weltkriegs. Vor dem Hintergrund des aktuellen irrationalen Kriegsfebers bin ich deshalb pessimistisch, was die kommenden Monate angeht. **Wo lauern Gefahren für die baltischen Staaten, insbesondere für Estland?**

Die simple journalistische Reaktion ist: Und als Nächstes kommt Estland. Wir haben eine grosse russische Minderheit hier. Aber ich glaube nicht, dass wir nun ein Kandidat für Entwicklungen sind, wie wir sie in der Ukraine sehen. Einfach deshalb, weil es fundamentale Unterschiede zwischen diesen Ländern gibt. Der Durchschnittslohn eines Minenarbeiters im ukrainischen Donbass beträgt 200 Euro pro Monat. Estnische Mineure erhalten im Schnitt 2000 Euro. Hinzu kommt die Nato-Mitgliedschaft von Estland. Wir sehen derzeit zwar, wie gut die russische Medienpropaganda im Fall der Ukraine funktioniert. Doch Russland wäre dumm, in

einem Nato-Staat einen Aufstand ähnlich zu unterstützen wie derzeit in der Ukraine. In Artikel 5 des Nordatlantikvertrags steht klar und deutlich, dass der militärische Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf alle Mitglieder verstanden wird.

**In der estnischen Bevölkerung macht sich also niemand Sorgen über die Entwicklungen in der Ukraine?**

Natürlich nehmen auch wir wahr, wenn russische Politiker öffentlich grossrussische Fantasien aufleben lassen und damit im Grunde die Annektierung von Finnland oder Polen heraufbeschwören. Ich persönlich nehme solche Fantasien nicht ernst.

**Was steht für Estland auf dem Spiel?**

Nicht nur Estland, sondern ganz Europa muss sich grundsätzlich über ihre Sicherheitsvereinbarungen Sorgen machen. Was sind heute die Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 oder die Pariser Charta von 1990 noch wert? Alles, worauf sich die internationale Gemeinschaft zum Schutz staatlicher Souveränität in Europa seit 1945 geeinigt hat, 70 Jahre mühsame Sicherheitspolitik, wird derzeit zum Fenster hinausgeworfen. Gerade die Schweiz muss sich darüber Gedanken machen, präsidiert sie doch derzeit die OSZE.

**Die USA und die EU haben ihre Sanktionen gegen Russland verschärft. Die Schweiz hat die EU-Sanktionen nicht übernommen, diese Woche aber ihre Massnahmen ausgeweitet. Schweizer Finanzgesellschaften ist es verboten, mit gewissen russischen Unternehmen und Personen neue Geschäftsbeziehungen einzugehen.**

Die Reaktionen auf die angekündigten Sanktionen durch EU-Staaten waren für den Ruf der Schweiz in Europa nicht gerade förderlich. **Sie haben kein Verständnis für die abgeschwächten Massnahmen der Schweiz?** Seit der Einwanderungsinitiative ist man in Osteuropa nicht sehr gut auf die Schweiz zu sprechen. Der Ausgang der Abstimmung war ab-

Sohn von Kriegsflüchtlingen

Toomas Hendrik Ilves wurde 1953 in Stockholm geboren. Seine Eltern flohen 1944, als die Russen Estland besetzten. Aufgewachsen ist er in New Jersey (USA). Als Student engagierte er sich gegen den Vietnam-Krieg und demonstrierte gegen Richard Nixon. Als in den 80er-Jahren Ronald Reagan den Propagandaser der Radio Free Europe aufbaute, war er für Estland zuständig. Weil er der einzige Bewerber war, der Estnisch sprach, bekam er den Job. 1988 reiste er während der Sowjetherrschaft in das Land seiner Eltern und schloss

sich der Unabhängigkeitsbewegung an. Weil Ilves gut Englisch sprach und mit den Amerikanern umgehen konnte, wurde er 1993 der erste US-Botschafter Estlands. Später war er Aussenminister. 2006 wurde er zum Präsidenten gewählt. Ilves ist sehr aktiv in den neuen Medien. Auf Twitter machte er sich schon mal über Wladimir Putin lustig. Das Interview wurde über Skype geführt, das in Estland erfunden wurde. Das Land hat die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft Europas. 30 Prozent der Einwohner haben russische Wurzeln.

# Die Sanktionsfrage spaltet die Reihen

SVP-nahe Wirtschaftsvertreter sind verärgert über die Unterstützung des bundesrätlichen

Zürich In einem verpolitisierten Macho-Umfeld einen Sack Flöhe hüten – das ist die Aufgabe, der sich Monika Rühl als neue Direktorin des Dachverbandes Economiesuisse stellt. Offiziell tritt sie ihre Stelle am 1. September an. Faktisch ist sie an der Hegibachstrasse seit Anfang Monat daran, sich in den Dossiers hineinzuknien und sich mit den Machtverhältnissen vertraut zu machen. Und schon ist sie mit einem neuen Konflikt konfrontiert. Streitpunkt sind die Sanktionen gegen Russland beziehungsweise die diesbezügliche Haltung des Bundesrates. SVP-nahe Wirtschaftskreise um Christoph Blocher stossen sich jetzt schon an der Landesregierung. Sie hat Massnahmen ergriffen, damit die Schweiz nicht zum Umgehen der

von der EU und den USA verhängten Sanktionen missbraucht wird. Dazu sind Geschäftsbeziehungen mit 87 russischen Personen und 20 Organisationen untersagt worden. Zugleich hat der Bundesrat den Export von Rüstungsgütern nach Russland verboten. Russland hat bereits dagegen protestiert. Am Mittwoch könnte Bern die Daumenschraube weiter anziehen. Die SVP ist alarmiert. Sie befürchtet, dass es der Bundesrat mit der Neutralität nicht so genau nimmt.

Die «SVP-Versteher» innerhalb von Economiesuisse – ihr politischer Sprachrohr ist Nationalrat Heer – waren entsprechend sauer, als sie in der letzten Ausgabe dieser Zeitung die couragierte Aussage eines Kadermanns von Economiesuisse lasen. «Langfristig ist es



auch im Interesse der Wirtschaft, wenn völkerrechtliche Grundsätze durchgesetzt werden.» Mitgemeint, aber unausgesprochen ist die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim. Damit stärkte Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft, dem Bundesrat den Rücken – und löste intern Wirbel aus. Um die Wogen

zu glätten, gab der Verband die Losung aus, Atteslanders Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Man spreche sich weder für noch gegen Sanktionen aus. Damit die Leser selber urteilen können, geben wir hier Atteslanders Zusammenfassung in allen Punkten wieder: «1. Bei der Ergriffung von Wirtschaftssanktionen gilt das Primat der Politik. Langfristig ist es auch im Interesse der Wirtschaft, wenn das Völkerrecht durchgesetzt wird. 2. Russland ist für die Schweizer Aussenwirtschaft wichtig, aber nicht existenziell. 3. Die Schweiz hat dafür zu sorgen, dass sie nicht für Umgehungsgeschäfte genutzt wird. 4. Seitens der Schweiz sind keine Rüstungsgüter an Russland oder die Ukraine zu liefern.»